

5. Sitzung des Rates der Stadt Meckenheim am 21.04.2010

hier: Haushaltsrede der BfM-Fraktion

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

....

bei den Beratungen des heute zur Abstimmung stehenden Haushalts wurde uns schnell klar, dass unsere Finanzlage noch weitaus dramatischer ist, als wir es im letzten Jahr vorhergesehen hatten. Eine Fülle von Fragen tat sich auf.

Deshalb baten wir den Bürgermeister und einen Vertreter der Kämmerei zu einem fraktionsinternen HH-Beratungsgespräch. Der Bürgermeister entsandte seinen 1. Beigeordneten zusammen mit der Vertreterin des erkrankten Kämmerers. Es war ein harmonisches, fachlich sehr hochwertiges Gespräch, das dazu beitrug, die meisten Fragen zu klären, die sich vor allem aus den Verfahrensbestimmungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) ergaben.

Für diese tatkräftige Unterstützung möchten wir der Verwaltung, ganz besonders aber Frau Gietz ausdrücklich danken.

Zur allgemeinen Finanzlage:

„Die Stadt hat eine hohe finanzielle Handlungsfähigkeit.“ Dieses Leitziel hat der Rat 2009 als Auftrag an die Verwaltung und als Bindung an die eigene Finanzpolitik einstimmig verabschiedet. Daran müssen wir uns orientieren.

Ausgangspunkt für unsere Betrachtung sind **mehr als 28 Mio. Euro Schulden** der Stadt zu Beginn dieses HH-Jahres. Das sind rund **1.184 EURO Schulden pro Einwohner**.

(bei 23.863 Einwohnern am 31.12.2009)

Diese nehmen wir als Last mit auf den Weg.

Den Einnahmen in Höhe von rund 46 Mio. EURO stehen Ausgaben in Höhe von rund 55 Mio. EURO gegenüber. Das ist ein Defizit von etwa 9 Mio. EURO.

Laut Prognose für den HH 2010 werden Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 10,5 Mio. EURO erwartet. In der Finanzausschußsitzung hat uns die Verwaltung auf Nachfrage hin mitgeteilt, dass die verschickten Steuerbescheide per 15.2.10 nur 8,8 Mio Gewerbesteuereinnahmen einbringen. Bliebe es so, würde sich das Defizit noch einmal **um 1,8 Mio. Euro erhöhen**.

Ein Blick zurück:

In 2008 war der Haushalt nach **Einnahmen und Ausgaben ohne Kreditaufnahme und ohne Neuverschuldung ausgeglichen. Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht veranschlagt.** Die aus 2007 **vorhandene Rücklage war noch in voller Höhe vorhanden.**

Bis 2009 wurden knapp **10 Mio. EURO** aus den sogenannten Kanalmillionen ausgegeben. Heute weist der **Finanzplan** ein Defizit von über **10 Mio. EURO** aus.

Das heißt, **aus knapp 10 Mio. EURO Plus werden gut 10 Mio. EURO Minus.**

Zum Thema „Kredite“

Was in der HH-Terminologie „**Kassenkredite**“ heißt, wird im Volksmund besser verständlich auch „**Überziehungskredite**“ genannt.

Gemeinhin sollte eine Kommune ihr Konto nur dann überziehen, wenn kurzfristige zeitliche Schwankungen zwischen Einnahmen und Auszahlungsverpflichtungen zu überbrücken sind. In Meckenheim aber sollen **Überziehungskredite zur Finanzierung von Straßenreparaturen, Gehaltszahlungen und sogar für die Begleichung von Energiekosten** aufgenommen werden. Angaben darüber, wie die Kassenkredite zurückgezahlt werden sollen, liegen nicht vor.

Heute soll der Rat einen „Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen“ in Höhe von 15 Mio. EUR genehmigen.

Unser Antrag, diesen Höchstbetrag auf 10 Mio. EUR zu senken, fand keine Zustimmung. Wir verlangen mehr Ausgabendisziplin. 15 Mio. EURO Kreditermächtigung sind aus unserer Sicht nicht erforderlich, wenn der nächste Haushalt gesetzeskonform bis zum Ende 2010 vorgelegt wird.

Für **Investitionen** sind in 2010 Kredite in Höhe von rund **980.000 EUR** vorgesehen.

Investitionskredite dürfen nach Gemeindeordnung NRW nur dann aufgenommen werden, wenn die Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die Dauer der Laufzeit (etwa 30 Jahre) mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune im Einklang stehen. **Wir haben Zweifel, ob dieser Nachweis geführt werden kann.**

Fazit zu Finanzen:

Den Einnahmen des Gesamthaushaltes stehen inklusive der Zinsen Schulden in nahezu gleicher Höhe gegenüber.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** steigt um 670 EURO pro Einwohner **auf 1.854 EURO.**

Zum Thema „Instandhaltungsrückstellungen“

Mit der von der Verwaltung vorgelegten Rückstellungsliste wurden 186 Ausgabepositionen mit einem Finanzvolumen von rund 7,5 Mio. Euro definiert, davon allein **4,2 Mio. Euro für Maßnahmen, die im Haushaltsjahr 2010 noch erledigt werden sollen.**

Das sind zum Teil auch Maßnahmen, bei denen es sich um Erneuerungen oder Sanierungen an Gebäuden, Straßen oder Betriebseinrichtungen der Stadt handelt. Sie gehören unserer Meinung nach eigentlich in den ordentlichen Haushalt.

Dort aber hätten sie im Gesamtergebnis dazu geführt, dass Meckenheim bereits jetzt in die Haushaltssicherung und damit in den Verlust der Planungs- und Handlungsfreiheit gelangt wäre.

Da alle Rückstellungen bis 2012 erledigt sein müssen, besteht aus Sicht der BfM keine Notwendigkeit, die meisten dieser Maßnahmen in das Jahr 2010 zu legen. Auch sind sie – wie der Bürgermeister im Finanzausschuss selbst einräumte – viel zu umfangreich, als dass sie im Jahr 2010 alle abgearbeitet werden könnten.

Durch Verschieben eines Teils der Maßnahmen in die Jahre 2011 und 2012 würden weniger Kassenkredite gebraucht und folglich weniger Zinsen anfallen.

Ein entsprechender BfM-Vorschlag wurde nicht für beratungswürdig erachtet.

Zum Thema „Offene Ganztagschule“

Die „Arbeitsgemeinschaft Kommunale Planung“ hat im Schulentwicklungsplan (SEP) empfohlen, auf die geplante Aufstockung der KGS in der Schützenstraße jetzt zu verzichten. Weil die Verwaltung zugesichert hatte, bei Anwachsen der Schülerzahlen in der Nachmittagsbetreuung der Offenen Ganztagschule (OGS) die Bauplanung wieder aufzugreifen, stimmte die BfM-Fraktion zu, verlangte aber, dass von den **525.000 EUR** einzusparenden Geldern die **Kosten für die Umbaumaßnahmen** in den Haushalt eingestellt werden. Dieses ist inzwischen geschehen.

Die Zukunft Meckenheims hängt auch davon ab, wie attraktiv unsere Stadt für junge Familien ist. Eine echte Ganztagschule würde die Attraktivität unserer Stadt fördern. Wir wollen, dass das **Land in die Pflicht** genommen wird und die Kosten für **echte Ganztagschulen** trägt. Es kann nicht sein, dass die Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden.

Die BfM-Fraktion dringt darauf, dass die Planungen für die Erweiterung der Katholischen Grundschule nicht in der Schublade verschwinden. Die KGS Meckenheim wäre allein durch ihre zentrale Lage für eine Ganztagschule hervorragend geeignet.

Zum Thema „Personal“

Personalkosten sind Fixkosten.

Lagen die Kosten für die Personalaufwendungen im Jahr 2007 noch bei 8,9 Mio. Euro, gibt Meckenheim in diesem Jahr fast 13 Millionen Euro für das Personal aus.

An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich betonen, dass wir die präventive Jugendarbeit des Bürgermeisters unterstützen. Die Investitionen für zusätzliches Personal in diesem Bereich sind notwendig und zahlen sich langfristig aus.

Das von den Verantwortlichen so häufig strapazierte **Zitat aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt** allerdings, wonach **die Personalerhöhung „nachvollziehbar“ sei**, bedeutet allenfalls, dass die Zahlen **nachempfunden** werden können. Die GPA sagt nicht, sie sei mit dem Personalzuwachs einverstanden, wie uns immer suggeriert wird.

Ganz im Gegenteil, in ihrer Zusammenfassung des Prüfberichts von 2009 fordert sie:

- „Als ein vorrangiges Ziel dieses Prozesses sind die **Bemühungen zum Stellenabbau** wieder zu verstärken.“

Dabei verlangt die GPA, das gesamte Aufgabenspektrum der Stadt Meckenheim mit dem Ziel zu überprüfen,

- **Leistungsangebote auf Dritte zu übertragen, um so** zusätzliche Möglichkeiten für **Personalausgaben- und Stellenreduzierungen analysieren** zu können und empfiehlt:
- „Gleichzeitig sollte unter Beteiligung der Politik hinterfragt werden, ob das in bestimmten Aufgabenbereichen bestehende hohe Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger wie beispielsweise im Bereich der **Unterhaltung von Grünflächen** sowie in der Bereitstellung von Spielplätzen bzw. -flächen weiterhin vorgehalten werden soll.“

Die BfM-Fraktion vermisst die Umsetzung dieser Forderungen im vorliegenden HH-Entwurf.

Die Verwaltung hat uns auf Nachfrage mitgeteilt, dass vom 1.1. bis zum 1.4.2010 **zehn neue Arbeitsverhältnisse** wirksam wurden. Hierunter fallen allein **9 Gärtnerstellen**.

(die 10. Stelle im Sachbereich Gebäudeservice)

Ferner seien **drei Stellen aus 2009** noch unbesetzt.

Mit dem **rückwärtsgerichteten Beharren** auf dem **Grünflächenpflegekonzept** hat der Bürgermeister in 2009 vollendete Tatsachen geschaffen und die Arbeitsverträge unterschrieben.

In der Haushaltsdebatte darauf angesprochen, erklärte er: „**Wir führen nach Zielen, nicht nach Zahlen**“. Wer angesichts der schwierigen Finanzlage nur nach Zielen führt, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

Zielvereinbarungen sind änderbar, ein Grünflächenpflegekonzept auch!

Wir stellen fest: Die Verantwortlichen haben das Prüfergebnis der GPA einfach **ignoriert**, Zeichen des Sparwillens haben gefehlt.

Zum Thema „Anhebung der Grundsteuer B“ im HH-Plan 2012:

In dem vorliegenden Haushalt ist bereits vorgesehen, den Hebesatz für die Grundsteuer B im HH-Jahr 2012 von bisher 381 auf 391% anzuheben. Das macht gerade einmal zusätzliche Einnahmen in Höhe von **115.000 Euro** aus.

Um die Bürger nicht zusätzlich zu belasten, hat die BfM-Fraktion vorgeschlagen, die drei noch freien Stellen aus 2009 nicht mehr zu besetzen. Dieses hätte eine Einsparung von rund **150.000 EURO** pro Jahr ergeben. Unser Vorschlag wurde abgelehnt.

Die BfM-Fraktion hält die Genehmigung einer Steuererhöhung auf Vorrat aus heutiger Sicht nicht für angebracht.

Zusammenfassend stellt die BfM-Fraktion fest:

Bei der Einbringung des Haushaltes hat der Bürgermeister als Erfolg verkündet, dass auch dieser Haushalt die Stadt nicht in die fremdbestimmende Haushaltssicherung führt.

Das mag formal richtig sein. Die von der Verwaltung aufgestellte **Wunschliste mit 186 Instandhaltungsrückstellungen** erweckt allerdings den Eindruck einer **geschönten** Haushaltsgestaltung, ohne die das Haushaltssicherungskonzept sicher schon heute fällig würde.

Die Wirklichkeit wird uns schneller einholen, als es uns lieb ist.

Leidtragende werden unsere Bürgerinnen und Bürger sein, die über höhere Gebühren und bei den Gemeindesteuern zur Kasse gebeten werden.

Alle Ratsmitglieder haben angesichts der 2009 bereits aufgezehrten Rücklagen und der jetzt eingeplanten Neuverschuldung vorrangig die Pflicht, jede Ausgabe kritisch zu hinterfragen. Das Abgleiten in die Verschuldung und in die „Haushaltssicherung“ haben sie zu stoppen! Deshalb ist die BfM-Fraktion mit weiten Teilen dieser Haushaltsvorlage **nicht einverstanden**.

Angesichts der dramatischen Finanzlage erweisen sich manche Entscheidungen der Verantwortlichen zur Personalebewirtschaftung als ebenso falsch wie das Festhalten an kostspieligen Konzepten und freiwilligen Leistungen der Vergangenheit.

Nach hinten gedacht, nach vorne Schulden gemacht. Dieses Konzept kann nicht aufgehen.

Das im Januar 2009 für den 1. NKF-Haushalt vorgegebene Leitziel:

„Die Stadt hat eine hohe finanzielle Handlungsfreiheit“
wurde gründlich verfehlt.

Aus diesem Grunde stimmt die BfM-Fraktion dem Haushalt nicht zu.